

## **Allianz für Klimagerechtigkeit zur COP26: Endlich Lücken schließen beim Klimaschutz!**

Österreich muss bei Klimazielen und CO<sub>2</sub>-Bepreisung nachbessern – Mitsprache für Hauptbetroffene der Klimakrise gefordert – Allianz für Klimagerechtigkeit präsentiert Forderungspapier

**Wien, 19. Oktober 2021.** Ob Waldbrände in Griechenland, Flutkatastrophen in Deutschland oder China, Dürren in Afghanistan oder Somalia. Das Jahr zeigt deutlich, wie verheerend die Auswirkungen der Klimakrise für Mensch und Natur schon heute sind. Dennoch reichen laut Weltklimarat (IPCC) die bislang präsentierten Pläne nicht aus, um die Pariser Klimaschutzziele einzuhalten und die globale Erhitzung auf 1,5 Grad zu beschränken. Anlässlich der bevorstehenden Klimakonferenz COP26 in Glasgow analysiert die [Allianz für Klimagerechtigkeit](#), eine Plattform von 26 österreichischen Umwelt-, Entwicklungs- und sozialen Organisationen, die Kernthemen der Verhandlungen. Sie fordert von der Bundesregierung effektive Maßnahmen, um die zahlreichen Lücken bei Klimagerechtigkeit, Klimaschutz und Klimafinanzierung zu schließen. „Österreich muss ambitionierte nationale Klimaschutzmaßnahmen umsetzen und mehr internationale Unterstützungsleistungen sowie eine bessere politische Teilhabe der Hauptbetroffenen ermöglichen“, so die Allianz.

### **Effektive Klimaschutzpolitik mit Vorbildwirkung**

Statt der notwendigen Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen um die Hälfte bis 2030 wird mit den bestehenden Klimaschutzplänen sogar ein Anstieg der CO<sub>2</sub>-Emissionen um etwa 16 Prozent in diesem Zeitraum erwartet.<sup>1</sup> Daher müssen alle Staaten ihre Vorhaben verbessern:

„Wir können es noch schaffen, den Temperaturanstieg einzudämmen und damit ein gutes Leben für alle auf diesem Planeten zu ermöglichen. Aber es ist ein Wettlauf gegen die Zeit. Das Wichtigste bei der Klimakonferenz in Glasgow ist, den Startschuss für die Aufholjagd zu geben. Österreichs Bundesregierung ist wiederum aufgefordert, unser Land zum weltweiten Vorbild beim Klimaschutz zu machen. Ein wirksames Klimaschutzgesetz, der gesetzlich verbindliche Ausstieg aus klimaschädlichen Öl- und Gasheizungen und eine zukunftsorientierte Mobilitätspolitik, die teure und veraltete Autobahnprojekte einmottet und stattdessen auf leistbare und saubere Mobilität setzt, sind dafür unverzichtbar,“ erläutert **Johannes Wahlmüller, Klima- und Energiesprecher von GLOBAL 2000** die notwendigen nächsten Schritte.

„Klimaneutralität funktioniert nur mit einer vollständigen Dekarbonisierung des Energiesystems bei gleichzeitigem Erhalt von natürlichen CO<sub>2</sub>-Speichern, wie Wäldern und Mooren. Dafür braucht es in Österreich einen verbindlichen Ausstiegsplan aus fossiler Energie, ein ambitioniertes Energieeffizienzgesetz und sektorenübergreifende Maßnahmen wie ein Bodenschutz-Programm“, sagt **WWF-Klimasprecherin Lisa Plattner**. „Auf internationaler Ebene braucht es zusätzliche Finanzmittel speziell für Länder des globalen Südens, die besonders stark von der Erderhitzung betroffen sind.“

### **Politische Teilhabe für marginalisierte Gruppen und junge Menschen.**

Frauen und Mädchen, Menschen mit Behinderungen und indigene Gruppen sind besonders von den Auswirkungen der Klimakrise betroffen. „Auf der Klimakonferenz in Glasgow wird sich zeigen, in welchem Ausmaß reiche Staaten den Klimaschutz ernst nehmen und wie sehr sie ärmere Länder dabei unterstützen, mit den Folgen der Klimakrise umzugehen“, sagt **Karen Knipp-Rentrop, Programmkoordinatorin von CARE Österreich**. „Vulnerable und marginalisierte Gruppen müssen in die Verhandlungsprozesse der internationalen Klimapolitik eingebunden werden.“

### **Ausreichende Finanzierung und gerechter Ausgleich**

„Ich sehe hier in Zimbabwe, Malawi und in anderen Ländern des südlichen Afrika die deutlichen Spuren der Zerstörung, die der Klimawandel anrichtet“, berichtet **CARE-Helferin Chikondi Chabvuta aus Zimbabwe**. „Knappe Wasserressourcen, eine schnellere Verkarstung der Böden, Dürren, aber vor allem unkalkulierbare Wetterzyklen erschweren den Kleinbäuerinnen und Bauern hier den Kampf ums Überleben. Auch Konflikte um Ressourcen wie Wasser, Land und Holz nehmen zu.“

---

<sup>1</sup> vgl. UNFCCC (2021): Nationally determined contributions under the Paris Agreement Synthesis report by the secretariat\*

Konkret fordert die Allianz für Klimagerechtigkeit, dass sich Österreich bei den internationalen Verhandlungen für die notwendige finanzielle Unterstützung bei klimabedingten Schäden und Verlusten einsetzt – unter anderem durch ein Mandat an den Exekutivausschuss des Warschau International Mechanism zur Suche nach neuen und zusätzlichen Finanzierungsquellen dafür.

„Die Klimakrise ist auch eine Frage der globalen Gerechtigkeit. Länder des Globalen Südens, die wenig zur Klimakrise beigetragen haben, aber jetzt an vorderster Front von den Folgen betroffen sind, benötigen stärkere internationale Unterstützung“, fordert **Martin Krenn, Referent für Klimapolitik der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz**. „Die dafür zugesicherte jährliche Unterstützung von 100 Milliarden US-Dollar durch die Industriestaaten wurde nicht erfüllt. Für die notwendige Anpassung an die Folgen der Erderhitzung wird ein viel zu kleiner Teil der Mittel eingesetzt und lokale Organisationen haben kaum Zugang zu dieser Unterstützung. Die Staatengemeinschaft muss die Lücken in der Klimafinanzierung dringend schließen und sich auf ein neues und ausreichendes finanzielles Unterstützungsziel ab 2025 einigen.“ Die Allianz für Klimagerechtigkeit fordert auch von Österreich eine Erhöhung der Beiträge zur internationalen Klimafinanzierung, um den sich verschärfenden Notwendigkeiten in ärmeren Ländern zu begegnen.

„Wir müssen Klimagerechtigkeit auch als Auftrag für intergenerationelle Gerechtigkeit verstehen und die Anliegen junger Menschen berücksichtigen. Obwohl sie die Auswirkungen der heutigen Klimapolitik besonders spüren werden, sind junge Menschen in politischen Entscheidungsprozessen wenig eingebunden“, sagt **Isabella Szukits, Expertin für Klimagerechtigkeit bei Südwind** und fordert Jugendräte, die mit dem Status von Sozialpartner\*innen auf allen Ebenen in die politische Entscheidungsfindung verpflichtend miteinbezogen werden.

**Download:** [Forderungspapier der Allianz für Klimagerechtigkeit](#)

**Kontakt der Ansprechpartner\*innen in Glasgow:**

Johannes Wahlmüller / GLOBAL 2000

Tel: +43 699 14 2000 41, E-Mail: [johannes.wahlmueller@global2000.at](mailto:johannes.wahlmueller@global2000.at)

In Glasgow: 8.-13.11.2021

Lisa Plattner / WWF Österreich

Tel.: +43 676 83 488 254, E-Mail: [lisa.plattner@wwf.at](mailto:lisa.plattner@wwf.at)

In Glasgow: 31.10.-13.11.2021

Martin Krenn / KOO - Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz

Tel.: +43 676 769 8431, E-Mail: [m.krenn@koo.at](mailto:m.krenn@koo.at)

In Glasgow: 31.10.-13.11.2021

Chikondi Chabvuta

CARE International / Regional Advocacy Advisor, Southern Africa

E-Mail: [chikondi.chabvuta@care.org](mailto:chikondi.chabvuta@care.org)

In Glasgow: 31.10.-13.11.2021

**Rückfragehinweis:**

Katharina Katzer

CARE Österreich / Presse & Medien

Tel. +43 (0)1 7150715-44, Mobil: 0664-88731425

[katharina.katzer@care.at](mailto:katharina.katzer@care.at)

Vincent Sufiyan

Südwind / Kommunikationsleitung

Tel.: +43 650 96 77577

[vincent.sufiyan@suedwind.at](mailto:vincent.sufiyan@suedwind.at)